

DeZIM.insights +

Working Paper #03 Berlin, September 2022

Folgen der Inflation in Deutschland

Insbesondere Menschen mit Kindern und Personen
ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind betroffen

Folgen der Inflation in Deutschland: Insbesondere Menschen mit Kindern und Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft betroffen

Jannes Jacobsen, Jörg Dollmann, Jonas Köhler, Almuth Lietz, Sabrina J. Mayer, Madeleine Siegel

Zusammenfassung

Die Inflation in Deutschland ist in den vergangenen 12 Monaten stark angestiegen. Auf Basis des DeZIM.panels gehen wir den Fragen nach, inwieweit sich die Menschen in Deutschland hiervon betroffen fühlen sowie finanzielle Sorgen aufgrund der Inflation äußern. Insbesondere schauen wir auf Unterschiede zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie auf Unterschiede zwischen Personen, die mit und ohne Kinder im Haushalt leben.

Unsere Analysen zeigen, dass rund 70 Prozent der Befragten die aktuelle Höhe der Inflation kennen. Weitere 40 Prozent geben an, von der Inflation stark betroffen zu sein und jede*r Vierte äußert große finanzielle Sorgen aufgrund der Inflation. Die Betroffenheit sowie Sorgen sind allerdings ungleich verteilt. So äußern Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowohl eine signifikant stärkere Betroffenheit als auch signifikant größere Sorgen. Das gleiche gilt für Personen, die mit Kindern im Haushalt leben.

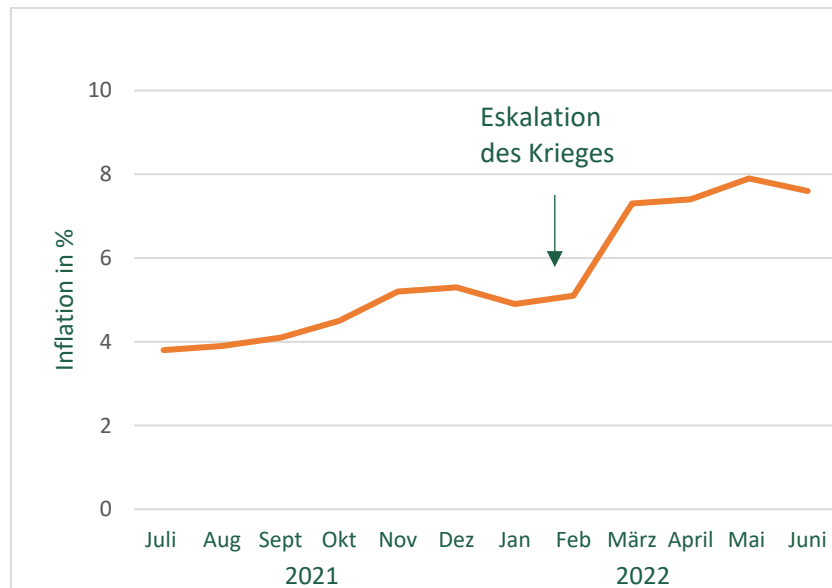
Die Analysen stützen politische Forderungen nach gezielten Entlastungen beispielsweise durch die Senkung der Mehrwertsteuer auf Produkte für Säuglinge und Kleinkinder. Ebenso müssen Personen ohne deutschen Pass gezielt angesprochen und auf Hilfen hingewiesen werden, um die Belastungen durch die Inflation zu senken.

Zentrale Ergebnisse

- Jede*r Vierte in Deutschland äußert große finanzielle Sorgen aufgrund der Inflation.
- Fast die Hälfte fühlt sich von der Inflation stark betroffen.
- Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie Menschen, die mit Kindern im Haushalt leben, äußern stärkere Betroffenheit und größere finanzielle Sorgen.

In den letzten zwölf Monaten hat sich die Inflationsrate in Deutschland fast verdoppelt, von rund 4 Prozent im Juli 2021 auf knapp 8 Prozent im Juni 2022. Dieser Anstieg kann primär auf zwei Umstände zurückgeführt werden: Erstens kam es durch pandemiebedingte Lockdowns zu massiven Störungen globaler Lieferketten und folglich zu einer Verknappung industrieller Produkte. Zweitens, und noch gravierender, eskalierte im Februar 2022 der Krieg Russlands gegen die Ukraine (Priem et al. 2022). Beide Länder sind wichtige Lieferanten von Weizenprodukten sowie insbesondere Russland für Gas. Infolge der Eskalation und der Drosselung des Lieferumfangs dieser Güter nahm die Inflation abermals an Dynamik auf (siehe Abbildung 1). Da mittlerweile eine Vielzahl an Produkten betroffen ist, hat die Inflation mittlerweile zentralen Einfluss auf die Teuerungsrate für Endverbraucher*innen.

Abbildung 1: Inflation zwischen Juli 2021 und Juni 2022 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wer ist von der steigenden Inflation besonders betroffen?

Viel Aufmerksamkeit kam bis jetzt Faktoren wie dem Einkommen zu: Die einkommensschwächsten Haushalte sind dabei durch die steigende Inflation besonders betroffen (Priem et al. 2022). Das lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass einkommensschwache Haushalte prozentual mehr für Konsumgüter ausgeben müssen, die eine hohe Teuerungsrate aufweisen. Neben dem Haushaltseinkommen gibt es aber noch weitere Risikofaktoren wie beispielsweise berufsbedingtes Pendeln und eine generelle Abhängigkeit vom Auto sowie die jeweilige Wohnsituation mit einer individuellen Abhängigkeit von Gas als Energiequelle (Dullien & Tober 2022). Zwei wichtige Umstände, die jedoch massiven Einfluss auf die individuelle Teuerungsrate haben können, wurden bislang ausgeklammert: Elternschaft sowie Staatsbürgerschaft. Kinder, insbesondere dann, wenn sie noch kein eigenes Einkommen generieren, werden zunehmend zu einem wirtschaftlichen Risiko, da durch sie die Bedürfnisse eines Haushalts vielfältiger sind. So sind Kinder, auch unabhängig von der Inflation, ein Armutsrisiko (Hübgen 2017). Darüber hinaus zeigen Analysen der Teuerungsrate, dass Familien aufgrund ihrer Konsummuster überproportional betroffen sind (Dullien & Tober 2022). Ebenso wenig Eingang in die Debatte hat die Frage gefunden, welche Rolle die Inflation für Personen spielt, die zugewandert sind und keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Diese Frage ist allerdings zentral, da Zugewanderte in wirtschaftlichen Krisenzeiten häufiger in ihre Herkunftsländer zurückkehren und somit eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen können. Wir vermuten, dass Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft überproportional betroffen sind, da sie häufig in prekären Jobs arbeiten (für eine Analyse von Personen mit Migrationshintergrund siehe Khalil, Lietz

& Mayer 2020). Zudem wird auf ihre Belange in der Regel nur mittelbar eingegangen, da sie als nichtdeutsche Staatsbürger*innen keine direkte Zielgruppe der deutschen Parteienlandschaft sind. Für Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist es somit nicht ersichtlich, dass ein auf sie zugeschnittenes Entlastungspaket geschnürt würde.

Bislang gibt es kaum systematische Untersuchungen begünstigender und erschwerender Faktoren im Hinblick auf die aktuelle Inflation, die die Faktoren Elternschaft und Staatsbürgerschaft in den Blick nehmen.

Basierend auf dem DeZIM.panel (Dollmann et al., im erscheinen) wollen wir diese Lücke schließen: Bevor wir den Zusammenhang von Kindern sowie Staatsbürgerschaft mit den Folgen der Inflation untersuchen, betrachten wir zunächst, was die Bevölkerung in Deutschland über die Inflation weiß, um zu erkennen, wie ausgeprägt die Wahrnehmung der Inflation überhaupt ist. Zweitens analysieren wir, ob sich Personen in Deutschland von der Inflation betroffen fühlen und ob sie aufgrund der Inflation finanzielle Sorgen haben. Hierbei untersuchen wir insbesondere die subjektive Einschätzung, da wir von dieser die stärkste Wirkung auf tatsächliches Verhalten wie Konsumententscheidungen antizipieren. Zuletzt analysieren wir, ob Personen mit Kindern sowie Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft eine größere Betroffenheit sowie stärkere finanzielle Sorgen als der Rest der Bevölkerung äußern.

Das DeZIM.panel

Deutschland ist mittlerweile ein Einwanderungsland. Eingewanderte und ihre Nachkommen sind Teil einer postmigrantischen gesellschaftlichen Realität (Foroutan 2019). Um diese zunehmend komplexe Realität abbilden zu können, wurde das DeZIM.panel aufgebaut, das eine längsschnittliche Dauerbefragung der Bevölkerung erlaubt. Es handelt sich dabei um eine postalisch rekrutierte Umfrage-Infrastruktur, mit der aktuelle Stimmungen und Trends in der deutschen Bevölkerung ermittelt werden können. Dazu werden nicht nur Personen ohne Migrationsgeschichte, sondern auch bestimmte Gruppen von Personen mit Migrationsgeschichte befragt, die die größten Gruppen von Zuwanderern in Deutschland repräsentieren und dabei auch unterschiedliche Zeiträume der Migration nach Deutschland abbilden. Im DeZIM.panel sind diese Gruppen überrepräsentiert, konkret Menschen aus der Türkei, aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, aus Staaten, mit denen Westdeutschland zwischen 1955 und 1973 Anwerbeabkommen geschlossen hat (sogenannte „Gastarbeiter*innen“), aus der ehemaligen UdSSR sowie Rumänien und deren Nachkommen. Dadurch liefert das DeZIM.panel genügend Fälle für Vergleiche und Analysen innerhalb dieser Gruppen – eine einzigartige Struktur in der deutschen Erhebungslandschaft, die am Ende des Beitrags detaillierter dargestellt wird.

Rund 70 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung schätzen die Inflationshöhe richtig

Rund 80 Prozent der Bevölkerung gaben im Juli und August an, die Höhe der Inflation zu kennen. Nach der konkreten Höhe der Inflation befragt, konnten rund 77 Prozent dieser Personen auch die tatsächliche Höhe beziffern. Von denjenigen, die berichtet haben, die Höhe nicht zu kennen, lag immerhin noch ein Drittel mit ihrer Schätzung richtig. Zusammengenommen zeigt sich, dass rund 70 Prozent der Bevölkerung die Höhe der Inflation richtig einschätzen. Auch wenn wir diese Zahlen nicht mit früheren Zeitpunkten vergleichen können, werten wir dies als Zeichen, dass die Inflation und das Wissen darum mittlerweile einen großen Stellenwert in der Bevölkerung eingenommen haben.

Jede*r Vierte äußert finanzielle Sorgen aufgrund der Inflation

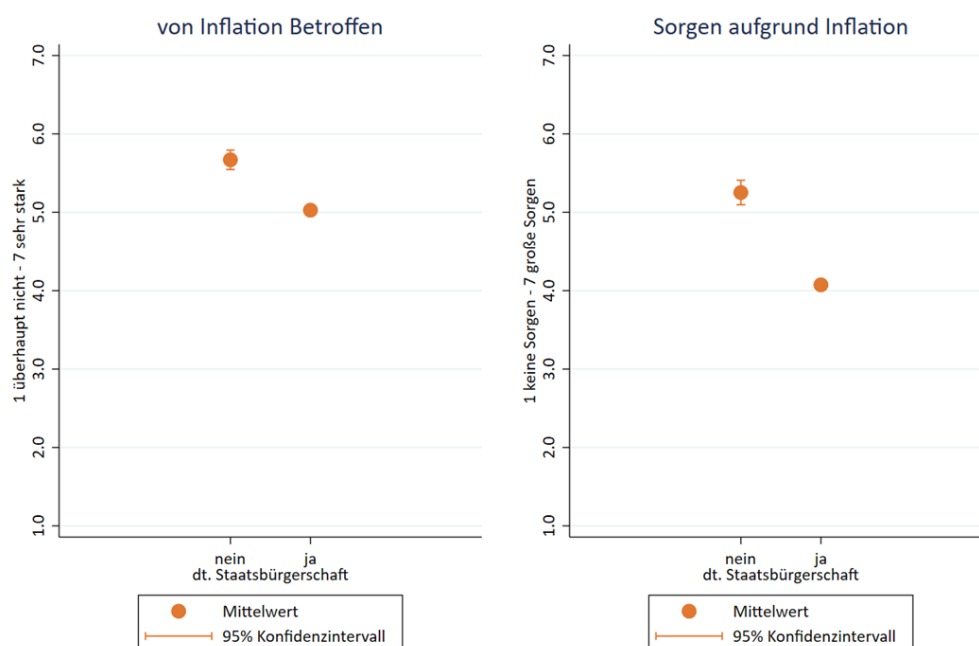
Für die Analyse der Betroffenheit sowie der finanziellen Sorgen aufgrund der Inflation haben wir die Antworten zu den folgenden Fragen ausgewertet. 1) Wie stark betrifft Sie die derzeitige Inflation? und 2) Haben Sie aufgrund der derzeitigen Inflation finanzielle Sorgen, die Sie vorher nicht hatten? Die Antwortmöglichkeiten waren jeweils 1 „sehr stark“ bis 7 „überhaupt nicht“, bzw. 1 „große Sorgen“ bis 7 „keine Sorgen“. Für die Auswertung haben wir die Antwortmöglichkeiten gruppiert in 1-2 = „niedrig/wenig,“ 3-5 = „mittel“ sowie 6-7 = „groß/hoch“.

Rund 40 Prozent der Bevölkerung gaben an, stark von der Inflation betroffen zu sein. Nur sechs Prozent äußerten keinerlei Betroffenheit. Im Hinblick auf finanzielle Sorgen zeigt sich ein anderes Bild. Rund ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung äußerte große Sorgen, ein weiteres Viertel hat keinerlei finanzielle Sorgen, während die Hälfte dazwischen liegt.

Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft äußern größere Betroffenheit und haben größere finanzielle Sorgen als Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft

Bivariate Analysen des Zusammenhangs von subjektiv eingeschätzter Betroffenheit und finanziellen Sorgen aufgrund der Inflation auf der einen und dem Innehaben der deutschen Staatsbürgerschaft auf der anderen Seite fördern ein klares Bild zutage (Abbildung 2). Abbildung 2 zeigt die Mittelwerte der Betroffenheit sowie der finanziellen Sorgen aufgrund der Inflation für Personen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Es wird deutlich, dass Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, im Schnitt eine signifikant größere Betroffenheit im Ausmaß von 0,6 Skaleneinheiten angeben als Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Nochmals größere Unterschiede beobachten wir für die geäußerten finanziellen Sorgen aufgrund der Inflation: Im Schnitt berichten Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft größere Sorgen im Ausmaß von 1,2 Skaleneinheiten.

Abbildung 2: Betroffenheit und finanzielle Sorgen nach Staatsbürgerschaft



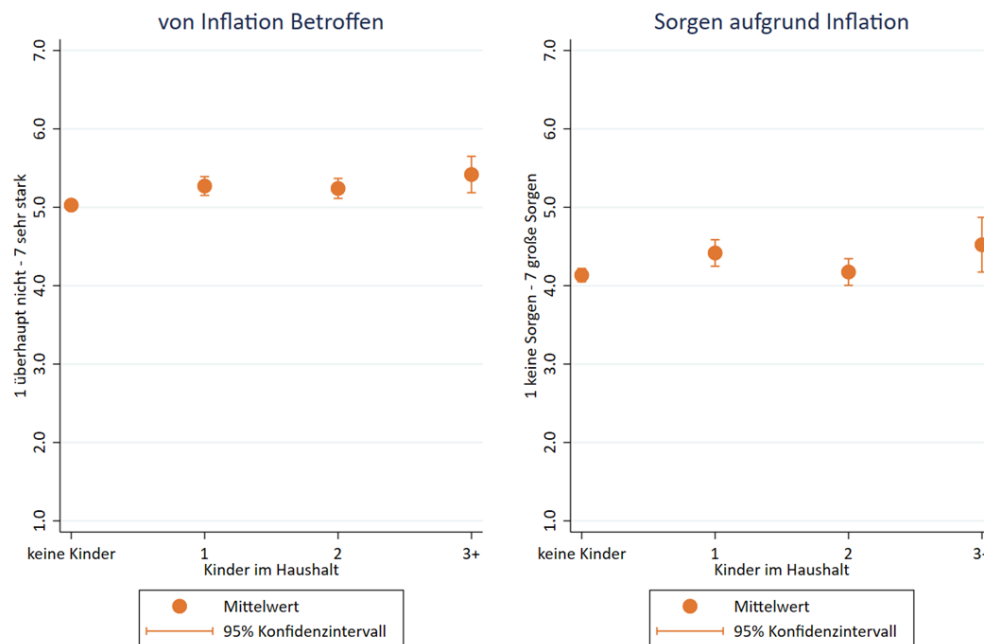
Quelle: DeZIM.panel, eigene gewichtete Berechnungen, N = 1.593.

Anmerkung: Die Linien zeigen den Wertebereich an, für den wir zu 95% zuversichtlich sein können, dass darin der wahre Wert liegt. Alle Werte in diesem Bereich sind statistisch gesehen gleichwertig. Manche Intervalle sind graphisch nicht darstellbar, da die Schätzung sehr effizient ist und kleine Intervalle produziert.

Menschen mit Kindern von Inflation verstärkt betroffen

Ein ähnliches Bild finden wir im Zusammenhang mit Kindern im Haushalt (Abbildung 3). Bivariate Analyse zeigen, dass sich Menschen, sobald mindestens ein Kind mit im Haushalt lebt, durchschnittlich signifikant und leicht stärker von der Inflation betroffen fühlen. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Hinblick auf die finanziellen Sorgen aufgrund der Inflation. Unsere Auswertungen zeigen, dass die Sorgen ansteigen, sobald ein Kind im Haushalt lebt. Allerdings sind die Mittelwerte für kinderreichere Haushalte aufgrund der geringen Fallzahl unsicher, sodass sich hier kein klares Bild ableiten lässt.

Abbildung 3: Betroffenheit und finanzielle Sorgen von Personen mit Kindern im Haushalt



Quelle: DeZIM.panel, eigene gewichtete Berechnungen, N = 1.593.

Anmerkung: Die Linien zeigen den Wertebereich an, für den wir zu 95% zuversichtlich sein können, dass hier der wahre Wert liegt. Alle Werte in diesem Bereich sind statistisch gesehen gleichwertig. Manche Intervalle sind graphisch nicht darstellbar, da die Schätzung sehr effizient ist und kleine Intervalle produziert.

Diese Uneindeutigkeit kann jedoch auch daher rühren, dass Familien in ihrer sozioökonomischen Struktur sehr heterogen sind und hier beispielsweise auch Einkommenseffekte eine Rolle spielen. Um die Analyse um solche Effekte zu bereinigen, rechnen wir in einem nächsten Schritt multivariate Modelle.

In diesen Modellen kontrollieren wir für diverse Faktoren, die den Einfluss zwischen der Betroffenheit und den Sorgen auf der einen Seite sowie der Staatsbürgerschaft und Kindern in Haushalten auf der anderen Seite verzerren können. Kontrollvariablen in diesen Analysen sind das Einkommen, das Geschlecht, der Geburtsjahrgang sowie die Kenntnis der tatsächlichen Inflationshöhe. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren zeigt sich, dass Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft sowohl signifikant niedrigere Betroffenheit (-0,5 Skalenpunkte) als auch signifikant weniger finanzielle Sorgen aufgrund der Inflation haben (-0,9 Skalenpunkte).

Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich im Hinblick auf Haushalte mit Kindern. Werden die bivariaten Analysen um verzerrende Faktoren wie Einkommen, Geschlecht, Geburtsjahrgang und Wissen um die Inflationshöhe bereinigt, zeigt sich, dass sich Personen mit Kindern um rund 0,5–0,6 Skalenpunkte signifikant stärker betroffen fühlen. Die Anzahl der Kinder spielt hierbei keine Rolle. Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei finanziellen Sorgen. Diese liegen für Personen mit einem oder zwei Kindern im

Haushalt rund 0,4–0,5 Skalenpunkte höher. Für Personen mit drei oder mehr Kindern finden wir dagegen keinen Unterschied. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die finanziellen Sorgen auch ohne die Inflation in Haushalten mit vielen Kindern erhöht sind und die gestiegene Inflation hier keinen zusätzlichen Effekt hat.

Menschen mit Kindern und Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft müssen stärker in den Fokus genommen werden

Die Untersuchung zeigt, dass rund 70 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland wissen, wie hoch die Inflation zuletzt lag. Rund 40 Prozent geben an von der Inflation stark betroffen zu sein und rund ein Viertel berichten, sich große finanzielle Sorgen aufgrund der Inflation zu machen.

Unser Bericht zeigt allerdings auch, dass die Menschen in Deutschland nicht gleichermaßen Betroffenheit und Sorgen äußern, sondern Personen mit Kindern sowie Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft durchschnittlich stärker betroffen sind und größere finanzielle Sorgen aufgrund der Inflation haben.

Um den Folgen der Inflation weiterhin zielgerichtet zu begegnen, gilt es diese Faktoren in den Blick zu nehmen. Unsere Analysen bestätigen, dass finanzielle Entlastungen, die vor allem auf vulnerable Personen und Haushalte abzielen, wichtig sind (Priem et al. 2022). Von Entlastungspaketen, die sich an dem Einkommen orientieren, sind nämlich mittelbar auch Familien oder Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft betroffen.

Jedoch gilt es bei den Maßnahmen über das Einkommen als Kriterium hinauszugehen. Unsere Analysen zeigen, dass Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft eine stärkere Betroffenheit durch die Inflation angeben. Diese Personen sollten in Krisenzeiten bewusst angesprochen und auf Möglichkeiten der Unterstützung hingewiesen werden. Hier gilt es, insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, einer verstärkten Abwanderung entgegenzuwirken.

Gleichzeitig erscheint es wichtig, Menschen mit Kindern in den Blick zu nehmen. So sollten zukünftige Entlastungspakete deren Bedürfnisse und spezifischen Konsummuster beachten – beispielsweise durch eine Senkung beziehungsweise Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Produkte für Säuglinge, Kleinkinder sowie auf Grundnahrungsmittel.

Methodenbericht

Die Zielpopulation des DeZIM.panels umfasst alle in Deutschland lebenden Personen mit und ohne Migrationsgeschichte die zwischen den Jahren 1941 und 2004 geboren sind (Dollmann et al. 2022; Ruland & Sandbrink 2022). Die Stichprobe des DeZIM.panels basiert auf einem zweistufig geschichteten Ansatz mit dem Ziel, bestimmte Bevölkerungsgruppen überproportional häufig in der Stichprobe zu berücksichtigen: (1) Türkeistämmige Personen, (2) Menschen aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, (3) Personen aus Staaten mit ehemaligen Gastarbeiterabkommen (außer Türkei) sowie (4) (Spät-)Aussiedler*innen. Alle anderen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte wurden für die Stichprobenziehung in einer (5) fünften Kategorie zusammengefasst.

Die erste Stichprobenstufe umfasst alle Gemeinden in Deutschland. Hieraus wurden 57 Gemeinden zufällig ausgewählt (proportional zur Gemeindegröße, PPS: „probability proportional to size“), was 60 Stichprobenpunkte ergibt. Einige große Gemeinden wie Berlin umfassten mehr als einen Stichprobenpunkt. Um die Gesichtvalidität der Stichprobe zu gewährleisten, wurden zwei implizite Stratifizierungsmerkmale mit einbezogen, nämlich das Bundesland und die Gemeindegrößenklasse (BIK) der Gemeinden. Nach der Auswahl der relevanten Primärstichprobe

wurden die ausgewählten Einwohnermeldeämter der Gemeinden gebeten, Namen und Adressen von zufällig ausgewählten Adressen der Bevölkerung zu übermitteln.

In einem zweiten Schritt wurden die Adressen ausgewählt. Da das DeZIM.panel auf die Überrepräsentation der Gruppen 1–4 (s.o.) abzielt, Informationen zur Gruppenzugehörigkeit bei den Einwohnermeldeämtern allerdings nicht verfügbar sind, wurde ein namensbasiertes Verfahren zur Vorklassifikation des Migrationshintergrundes gewählt (Humpert und Schneiderheinze, 2000). Anhand des Vor- und Nachnamens wird hierbei festgelegt, aus welchem Land die Personen (höchstwahrscheinlich) stammen. Danach wurden die Personen aus den (vermuteten) Ländergruppen 1–4 überproportional häufig gezogen. In den Analysen werden Designgewichte eingesetzt, um die unterschiedlichen Ziehungswahrscheinlichkeiten der Personen aus den verschiedenen Herkunftsgruppen zu berücksichtigen. Da es sich nur um eine namensbasierte Vorklassifikation handelt, werden alle Personen im Laufe der Umfrage nach ihrer tatsächlichen Migrationsbiographie gefragt. Die in der Analyse ausgewiesenen Gruppenzugehörigkeiten beruhen daher auf den tatsächlichen und nicht den vermuteten Herkunftsländern.

Die Analysen dieses Berichts basieren auf der dritten Welle des DeZIM.panels und umfassen 1.593 Personen. Um zu gewährleisten, dass die Befunde statistisch verallgemeinerbar sind, wurden die Daten gewichtet. Hierfür wurde ein Gewicht verwendet, dass die Ziehungswahrscheinlichkeit der Initialerhebung (Design- und Ausfallgewicht) mit einem Bleibefaktor kombiniert. Der Bleibefaktor bildet sich aus der inversen Wahrscheinlichkeit in Welle 3 teilzunehmen sowie die Fragen zur Inflation und alle Kontrollvariablen zu beantworten. Diese Bleibewahrscheinlichkeit wurde mittels einer logistischen Regressionsanalyse geschätzt. Erklärende Faktoren hierfür waren: Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstatus, Bildung, politisches Engagement, Einkommen, religiöse Zugehörigkeit, Diskriminierungserfahrungen, Migrationshintergrund sowie Staatsbürgerschaft.

Literatur

Dollmann, Jörg; Jacobsen, Jannes; Mayer, Sabrina J; Lietz, Almuth, Siegel, Madeleine; Köhler, Jonas; Kalter, Frank (im erscheinen): Gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland. Dritte Welle DeZIM.panel. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung

Dollmann, Jörg; Mayer, Sabrina J; Lietz, Almuth; Siegel, Madeleine; Köhler, Jonas (2022): DeZIM.panel – Data for Germany's Post-Migrant Society. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, online first. <https://doi.org/10.1515/jbnst-2022-0025>

Dullien, Sebastian; Tober, Silke (2022): IMK Inflationsmonitor: Preisanstiege bei Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln dominieren Inflationsunterschiede. IMK Policy Brief Nr.128

Hübgen, Sabine (2017): Armutsrisiko alleinerziehend, Aus Politik und Zeitgeschichte, ISSN 2194-3621, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Vol. 67, Iss. 30/31, pp. 22-27, <http://www.bpb.de/apuz/252655/armutsrisiko-alleinerziehend>

Khalil, Samir, Almuth Lietz, Sabrina J. Mayer (2020). Systemrelevant und prekär beschäftigt: Wie Migrant*innen in unsicheren Arbeitsverhältnissen unser Gemeinwesen aufrechterhalten. DRN 03/20.

Priem, Maximilian; Kritikos, Alexander S.; Morales, Octavio; Schulze Düding, Johanna (2022): Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders: staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt. DIW Wochenbericht, 89 (2022), 28, S. 387-394. https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-28-1

Ruland, Michael; Sandbrink, Katharina (2022): Methodenbericht: Gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland. Rekrutierungsstudie DeZIM OAP.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2022
Alle Rechte vorbehalten.

Jacobsen, Jannes; Dollmann, Jörg; Köhler, Jonas; Lietz, Almuth; Mayer, Sabrina J. und Siegel, Madeleine (2022):
Folgen der Inflation in Deutschland. Insbesondere Menschen mit Kindern und Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind betroffen. DeZIM.insights Working Paper 3, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM.insights Working Papers geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76

10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Dr. Jannes Jacobsen, Dr. Jörg Dollmann, Jonas Köhler, Almuth Lietz, Prof. Dr. Sabrina J. Mayer und Madeleine Siegel

Covergestaltung

Linda Wölfel

ISBN

978-3-948289-29-4

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine Forschungseinrichtung, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Es forscht zu den Themenfeldern Integration und Migration, Konsens und Konflikt sowie gesellschaftliche Teilhabe und Rassismus. Das DeZIM stützt sich auf zwei Säulen: das DeZIM-Institut und die DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Es wurde 2017 gegründet und hat seinen Sitz in Berlin-Mitte.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend